

eine sinnvolle Tätigkeit des Anwalts ansehen. Es ist jedoch angebracht, etwas dazu zu sagen, was die Feinde als besonders betrüblich ansehen.

Herr Rosenthal findet es z. B. untragbar, daß unsere Rechtsanwälte solche Bürger „unterstützen sollen, die ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt haben“. Das ist natürlich vom Standpunkt des Herrn Rosenthal nicht in Ordnung. Er ist es gewohnt, daß — wie im „freien Westen“ — nur solche Personen einen guten Advokaten bekommen, die viel Geld besitzen. Wir stehen auf einem anderen Standpunkt. Herr Rosenthal findet es auch „ungehörig“, daß unsere Rechtsanwälte sich „mit den bürgerlichen Staats- und Rechtsanschauungen auseinandersetzen“ sollen. Er möchte nicht, daß sich unsere Menschen mit der Gefährlichkeit des klerikal-militaristischen Systems in Westdeutschland und seines Brandtschen Ablegers in Westberlin befassen. Herr Rosenthal ist auch „dagegen“, daß sich die Rechtsanwaltschaft in der DDR „zu einem sozialistischen Organ der Rechtspflege“ entwickelt. Aber gerade an einer solchen Entwicklung haben wir ein Interesse, (und unsere Bevölkerung hat bereits seit Jahren erkannt, daß unsere Rechtsanwälte mehr und mehr ihre Helfer werden. Sie führen Sprechstunden durch und geben kostenlos Rechtsauskünfte.

Man soll uns nur ein Beispiel nennen, bei dem das in Westberlin oder Westdeutschland der Fall ist. Unsere Rechtsanwälte helfen z. B. den LPGs durch Rechtsberatung, ohne dafür auch nur einen Pfennig zu verlangen. Wo gibt es Fälle in Westdeutschland bzw. in Westberlin, in denen Rechtsanwälte den Bauern kostenlos helfen? Herrn Rosenthal und anderen Schmutzfinken in Westberlin paßt es auch nicht in den Kram, daß unsere Rechtsanwälte ungehindert ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit nachgehen können. So etwas gibt es natürlich in Westdeutschland ebenfalls nicht. Dort werden den fortschrittlichen Rechtsanwälten die größten Schwierigkeiten bereitet, sobald sie sich im fortschrittlichen Sinne betätigen. Es gibt viele Beispiele dafür, daß große Firmen den Rechtsanwälten mit der Entziehung der Vertretungsvollmacht für den Fall drohen,

daß sie nicht davon ablassen, Friedenskämpfer und Atomkriegsgegner vor Gericht zu verteidigen. So sieht sie in Wirklichkeit aus, die „freie Advokatur“ des „freien“ Westens.

Die Notstandsgesetzgebung wird, daran besteht kein Zweifel, auch die letzten noch vorhandenen Reste einer freien Advokatur beseitigen. Was das halbe Dutzend in den Westen geflüchteter Rechtsanwälte anbetrifft, so lag deren Flucht meistens in kriminellen Vergehen, wie Betrug, Urkundenfälschung usw., begründet. Wenn das eine oder andere dieser Elemente in Zukunft beim UfJ „arbeitet“, so ist das auf keinen Fall eine moralische Bereicherung für diesen Ringverein ehemaliger Krimineller und Nazis.

Diese Auseinandersetzung führen wir nicht einer Diskussion wegen mit den gewerbsmäßigen Brunnenvergiftern, sondern einzig und allein deshalb, um den positiven Kräften im Westen unseren Standpunkt zu erläutern.

Angesichts der atomaren Pläne des deutschen Militarismus und der Notwendigkeit, die DDR durch den vollen Sieg des Sozialismus weiter zu festigen und allseitig überlegen zu machen, muß auch die Vorbereitung der Richterwahlen dazu benutzt werden, um mit allen Schichten unseres Volkes über die Hauptfragen zu sprechen.

Unsere Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte müssen begreifen, daß das Tempo unserer Entwicklung auch von der Qualität ihrer Arbeit abhängt. Alle Erscheinungen der Selbstzufriedenheit und Sorglosigkeit müssen ausgemerzt werden. Indem wir dazu beitragen, die sozialistische Gesetzmäßigkeit zu festigen, leisten wir gleichzeitig einen echten Beitrag zur Erfüllung unserer volkswirtschaftlichen Ziele in der Industrie und in der Landwirtschaft, leisten wir einen großen Beitrag zur noch erfolgreicherem Entfaltung des Volkskampfes für die Sicherung des Friedens auf der Grundlage des Deutschlandplans des Volkes. In diesem Sinne müssen die Wodien der Wahlvorbereitung genutzt werden.

Aus den Maßnahmeplänen der Kreise Delitzsch und Merseburg zur Vorbereitung der Richterwahl

Die unmittelbare Vorbereitung der Richterwahl hat entsprechend dem Beschluß des Ministerrats vom 24. März dieses Jahres bereits begonnen. Die Bedeutung der Richterwahl für die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und Gesetzlichkeit und für eine noch engere Verbindung der Justizorgane mit den örtlichen Volksvertretungen wird von den Gerichten in der Regel richtig erkannt. Um die guten Methoden bei der Vorbereitung der Richterwahl schnell zu verallgemeinern, veröffentlichen wir im folgenden einige Auszüge aus den Maßnahmeplänen der Kreise Delitzsch und Merseburg.

Die Red.

Um die sozialistische Entwicklung der Justiz in der DDR zu veranschaulichen, wird eine *Ausstellung* vorbereitet, die über die Arbeit der Justizorgane Aufklärung gibt und die Bedeutung der Richterwahlen herausstellt.

In Zusammenarbeit mit der Bezirksstaatsanwaltschaft sollen *Archivmaterialien* über Prozesse gegen Antifaschisten des Kreises Delitzsch zum Zwecke der Agitation zusammengestellt und ausgewertet werden.

Eine gute *Sichtwerbung* in den *Schaufenstern* des staatlichen und genossenschaftlichen Handels soll die

Bevölkerung des Kreises auf die Durchführung der Wahl in der Kreistagssitzung aufmerksam machen. Auch in den Schaufenstern der Volksbuchhandlung und der Volkshochschule wird in geeigneter Form rechtspolitische Literatur (alte Gesetzestexte, neue sozialistische Gesetze usw.) ausgestellt, um die Rolle der Justiz in der DDR zu veranschaulichen.

Es ist vorgesehen, Materialien über die Richter eines Kreises in Westdeutschland zu veröffentlichen, um eine wirksame Gegenüberstellung der zu wählenden Richter des Kreises mit den Richtern der westdeutschen Klassenjustiz zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Nationalen Front wird eine *Wurfsendung* ausgearbeitet, die die Biographien der zu wählenden Richter des Kreises, Stellungnahmen leitender Funktionäre des Kreises zu der Richterwahl und eventuell den Terminplan für die Versammlungen zur Vorstellung der Richter enthält.

Der *Stadtfunk* wird in der Zeit der Wahlvorbereitung Interviews mit bekannten Persönlichkeiten der Stadt über die Richterwahl senden.

Zur Popularisierung der Richterwahl wird ein *Presseplan* ausgearbeitet. Darin sind Artikel über Probleme der sozialistischen Justiz und Prozeßauswertungen aufzunehmen.